

**Niederschrift
der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 14.02.2024, 17:00 Uhr, im
Treffpunkt Königswartha, Neudorfer Straße 16 b**

Bürgermeister Nowotny begrüßt alle Anwesenden. Er begrüßt die Damen und Herren Gemeinderäte, die Bürgerschaft, die Pressevertreter, Amtsleiterinnen Frau Pfeiffer und Frau Nytsch-Menzel.

**TOP 1.
Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeister Nowotny eröffnet die heutige Gemeinderatssitzung.
Er stellt die ordnungsgemäße Einladung fest.
Es sind aktuell 10 Gemeinderäte und der Bürgermeister anwesend.
Folgende Gemeinderäte fehlen entschuldigt:
Gemeinderat Melcher – Urlaub
Gemeinderat Jevlasch – dienstlich verhindert
Gemeinderat Schimank – Urlaub
Gemeinderat Glowik – krank
Gemeinderat Eichler – kommt später zur Sitzung hinzu

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Anzahl der gesetzlichen Gemeinderäte:	15 + 1
Stimmberechtigte insgesamt:	16
Entschuldigt:	5
Anwesende:	11

Die Niederschriften der heutigen Sitzung werden von folgenden Gemeinderäten unterschrieben:

**Gemeinderat Hubertus Schiebschick FWV
Gemeinderat Tobias Schelzig CDU**

TOP 2.
Bestätigung der Tagesordnung

Von Seiten der Gemeinderäte gibt es keine Einwände sowie auch keine Änderungsanträge.

Somit wird entsprechend der Tagesordnung verfahren.

TOP 3.**Bestätigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 13.12.2023**

Bürgermeister Nowotny fragt ob es zur Niederschrift Hinweise oder Ergänzungen gibt?

Gemeinderätin Rentsch meldet sich zu Wort.

Auf den Seiten 27 und 29 der Niederschrift gibt es Tabellen der KEM. Wenn man die Tabellen anschaut, stimmen beide Preisblätter nicht, die im Amtsblatt veröffentlicht wurden. Sie geht davon aus, dass die Kalkulation Hand und Fuß hat. Bei den Kalkulationsergebnisse Trinkwasser und Abwasser steht jeweils darunter: Jährliche Grundgebühr, in den Preisblättern steht monatliche Grundgebühr.

Bürgermeister Nowotny antwortet, dass er hierzu die KEM befragen muss, wie die Tabelle gemeint ist. Beschlossen ist es ja monatlich.

Gemeinderätin Rentsch entgegnet, auf der Grundlage dieser Kalkulation ist der Beschluss falsch.

Nein der Beschluss ist richtig sagt Bürgermeister Nowotny, wenn dann ist das Diagramm falsch. Beschlossen wurde es.

Das ist nicht so, sagt es Gemeinderätin Rentsch, weil das die Grundlage für den Beschluss ist.

Heute geht es um die Niederschrift, die bestätigt werden soll sagt Bürgermeister Nowotny. Es kann nichts anderes beschlossen werden.

Gemeinderätin Rentsch stimmt dem zu. Aber die andere Geschichte muss geklärt werden, weil es ja ein Unterschied ist, ob 12,00 € im Jahr oder im Monat gezahlt werden müssen.

Bürgermeister Nowotny wird dies entsprechend prüfen lassen.

Weitere Hinweise gibt es nicht.

Bürgermeister Nowotny fragt nach einmal, ob jemand der Niederschrift widerspricht? Das ist nicht der Fall.

Die Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 13.12.2023 ist somit bestätigt.

TOP 4.**Bestätigung der Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17.01.2024**

Bürgermeister Nowotny fragt ob es zur Niederschrift Hinweise oder Ergänzungen gibt?

Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 17.01.2024 ist bestätigt.

TOP 5.**Ausschluss wegen Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten gem. § 20 SächsGemO**

Die Gemeinderäte werden durch den Bürgermeister auf ihre Anzeigepflicht bei eventueller Befangenheit hingewiesen.

Es gibt keine Befangenheitsanzeigen.

Gemeinderat Günter Eichler kommt zur Sitzung hinzu. Damit ändert sich die Beschlussfähigkeit wie folgt:**Feststellung der Beschlussfähigkeit:**

Anzahl der gesetzlichen Gemeinderäte:	15 + 1
Stimmberechtigte insgesamt:	16
Entschuldigt:	4
Anwesende:	12

TOP 6. **Bürgerfragestunde**

Herr Helm spricht das Thema Wasserkalkulation an. Er sieht es als nicht zielführend an seine Frage zu stellen, wenn der Geschäftsführer der VersorgungsGmbH Herr Mörbe heute nicht anwesend ist.

Bürgermeister Nowotny sagt, dass Herr Mörbe Urlaub hat.

Herr Helm möchte darauf hinweisen, dass die Straße Am Hof im Eutrich nun schon wieder in einem Zustand ist, der nicht akzeptabel ist. In Abstimmung mit der Verwaltung wurden die Löcher bereits wieder einmal geschlossen. Aber das Ergebnis hält nur eine sehr kurze Zeit an. Das Verfüllen müsste wöchentlich passieren, um die Straße vernünftig zu erhalten.

Das allerdings geben die Finanzen der Gemeinde leider nicht her sagt Bürgermeister Nowotny. Trotzdem wird der Hinweis, die Straße betreffend mit aufgenommen.

Gemeinderätin Rentsch wurde von Herrn Krusche gebeten nachzufragen, ob sein Antrag, auf der Hermsdorfer Straße eine Beschriftung mit 30 km/h aufzubringen beraten wurde und wie gegebenenfalls die Entscheidung ist?

Darüber wurde vor einiger Zeit im Technischen Ausschuss gesprochen, antwortet Bürgermeister Nowotny. Verschiedene Varianten wurden besprochen und letztendlich wurde sich dagegen entschieden, das zu tun. Wenn dort damit begonnen werden würde, müsste es auf allen Tempo 30 Straßen innerhalb der Gemeinde durchgeführt werden. Aus Kostengründen kann dies aber nicht gemacht werden.

Vielleicht könnte mal wieder die Geschwindigkeitsmessanlage auf der Hermsdorfer Straße hingehangen werden sagt Gemeinderätin Rentsch?

Das lässt sich sicher einrichten sagt Bürgermeister Nowotny.

Die nächste Frage von Gemeinderätin Rentsch ist, was die Nachfrage die Verteilung des Amtsblattes betreffend in der Gemeinde Lohsa ergeben hat?

Bürgermeister Nowotny antwortet, so wie sich das derzeit herauskristallisiert, hat Lohsa noch einen alten Vertrag. Lohsa hat auch einen anderen Verlag, der das Amtsblatt erstellt. Hier sind die Vertragsbedingungen anders.

Gemeinderätin Rentsch ist der Meinung, dass man aber darauf Einfluss nehmen muss.

Das geht nicht, weil die Gesetzeslage einfach so ist antwortet Bürgermeister Nowotny. Die Post hat das der Gemeinde auch noch mal bestätigt, dass die Haushalte die keine Werbung wünschen, auch kein Amtsblatt erhalten, weil darin Werbung geschaltet ist.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass der Zustand unhaltbar ist. Es haben ja auch viele Einwohner das Amtsblatt nicht erhalten, obwohl sie keinen Aufkleber „Werbung nicht erwünscht o.ä.“ am Briefkasten haben.

Das ist natürlich nicht in Ordnung sagt Bürgermeister Nowotny. Die betroffenen Haushalte hat Bürgermeister Nowotny auch dem Verlag gemeldet.

Gemeinderätin Rentsch hat sich von einigen Bürgern sagen lassen, dass das Amtsblatt nicht in der Gemeinde auslag. Für sie ist die Situation unbefriedigend. Das Amtsblatt ist das Bekanntmachungsorgan unserer Gemeinde.

Bürgermeister Nowotny gefällt die Situation auch nicht. Aber an der Gesetzeslage kann die Gemeinde nicht drehen.

Dann darf eben keine Werbung mehr im Amtsblatt geschaltet werden, sagt Gemeinderätin Rentsch.

Dann werden wir wahrscheinlich einen anderen Preis dafür bezahlen müssen, entgegnet Bürgermeister Nowotny.

Dann muss die Werbung eingelegt werden sagt Gemeinderätin Rentsch. Das ist jedenfalls kein Zustand. Oder die Bekanntmachungssatzung muss geändert werden, dass es wieder an die Anschlagtafeln kommt.

Gemeinderat Dr. Weise ist der Ansicht, dass man es in Verhältnis setzen sollte, dass die meisten das Amtsblatt ohne Probleme bekommen und die wenigen, die es nicht bekommen.

Das kann sicherlich bei der Post erfragt werden, die Zusteller haben eine Übersicht über die Haushalte, die keine Werbung wünschen, sagt Gemeinderätin Rentsch.

Die Antwort die Bürgermeister Nowotny von der Post erhalten hat, ist die, dass die Gemeinde die Bürger überzeugen soll, die Aufkleber „Werbung nicht erwünscht o.ä.“ vom Briefkasten zu entfernen.

Die Kosten des Amtsblattes werden durch jeden Bürger mitgetragen, durch die Steuern die dieser zahlt, sagt Gemeinderätin Rentsch.

Nicht 100 %ig sagt Bürgermeister Nowotny. Das Amtsblatt wird über die Werbung finanziert und über den Zuschlag, den die Gemeinde zahlt.

Aber in diesem Zuschlag steckt von jedem Bürger Geld drin sagt Gemeinderätin Rentsch.

Das wird von Bürgermeister Nowotny bestätigt.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass Königswartha eine von wenigen Gemeinden ist, wo das so funktioniert.

Das glaubt Bürgermeister Nowotny nicht, weil der Wittich-Verlag, dass mit allen seinen Kunden so macht. Das Problem wird die Gemeinde nicht lösen können, weil die Gesetzeslage so ist. Die Post wird das nicht übergehen.

Gemeinderätin Rentsch sagt, Gesetze sind nicht in Stein gemeißelt, sie sind ständig in Bearbeitung. Aber wenn man nichts dagegen tut und alles einfach nur hinnimmt, dann funktioniert das so.

Bürgermeister Nowotny sagt, dass das Amtsblatt das Bekanntmachungsmedium ist. Es steht aber nicht drin, dass das jeder Haushalt in den Briefkasten geliefert bekommt. Der Zugang zum Amtsblatt ist trotzdem gegeben, weil es im Rathaus ausliegt. Damit ist der Bekanntmachungssatzung komplett genüge getan.

Gemeinderätin Rentsch sieht das als nicht ausreichend und schwierig an. Sie möchte gern wissen, was das für ein Gesetz ist?

Bürgermeister Nowotny ergänzt, dass der Bürger auch den Zugang zum Amtsblatt von zu Hause aus hat, weil es auf der Homepage veröffentlicht ist.

Gemeinderätin Rentsch hat ein weiteres Anliegen bzw. 2 Sachen.

Sie hätte gern gewusst, welches das Ablesedatum für Wasserzähler für die Haushalte in der Gemeinde ist?

Bürgermeister Nowotny bittet Frau Rentsch diesbezüglich Herrn Mörbe zu kontaktieren.

Frau Rentsch berichtet, dass in Commerau wieder ein Schwanenabschuss stattgefunden hat. Sie kann das nicht nachvollziehen. Wir befinden uns im Biosphärenreservat. In Königswartha ist das Regionalbüro vom Tourismus ansässig. Für sie stellt sich die Frage, wollen wir wirklich werben mit abgeschossenen Schwänen? Für sie geht das auch in das Thema Tierschutz.

Bürgermeister Nowotny antwortet, darüber wurde schon so oft gesprochen. Die Gesetzeslage ist auch hier eindeutig: Schwäne dürfen in einem bestimmten Zeitfenster geschossen werden.

Das einzige was verboten ist, ist der Verkauf von geräucherten Schwanenbrüsten. Hier erfolgt jetzt eine strafrechtliche Verfolgung sagt Gemeinderat Dr. Weise. Der Abschuss einer gewissen Anzahl von Schwänen ist aber erlaubt.

Es handelt sich hierbei um ein gesetzliches Jagdrecht. Es ist aber alles veränderbar. Gemeinderätin Rentsch fragt, wird hier mal etwas unternommen?

Gemeinderat Krahl sagt, das er glaubt, dass diesbezüglich etwas unternommen wird. Das ist auch nicht der Zuständigkeitsbereich der Gemeinde. Da kümmert sich die Jagdbehörde drum. Er sieht keinen Handlungsbedarf für die Gemeinde.

Nichts desto trotz sollte man sich als Gemeinde dort mit einbringen, sagt Gemeinderätin Rentsch. Es gab z. B. mal die Möglichkeit, dass Schwaneneier angestochen werden. Sie betont nochmals, dass Gesetze nicht in Stein gemeißelt sind. Der Gemeinderat kann seine Gesetze ändern, kann auch darauf hinwirken, dass sich im Land etwas ändert.

Gemeinderätin Rentsch fragt, ob man erfahren kann, wer die Landwirte sind, auf deren Felder Schwäne geschossen werden dürfen?

Bürgermeister Nowotny sagt, dass ihm nicht bekannt ist, wo genau geschossen wurde. Deshalb kann er auch nicht sagen, welchem Landwirt diese Flächen gehören.

Im Auftrag von Herrn Schulze, Hauptstraße, fragt Gemeinderat Eichler ob bei der Linde am Sportplatz, die von innen verfault ist, schon etwas in die Wege geleitet worden ist?

Dazu kann Bürgermeister Nowotny nichts sagen. Er nimmt die Frage mit in die Verwaltung.

Zudem müsste am Sportplatz überhaupt mal ein Rundgang gemacht werden, weil es noch andere Problemfälle bei den Bäumen gibt sagt Gemeinderat Eichler weiter.

Bauamtsleiterin Frau Nytsch-Menzel antwortet, dass der Baumgutachter unterwegs ist. Die Bäume haben alle eine Nummer. Einmal jährlich erfolgt eine Begutachtung. Warum die angesprochene Linde nicht gefällt wurde, kann sie jetzt nicht beantworten, wird dies aber klären.

Weitere Fragen gibt es nicht.

TOP 7.**Beratung und Beschluss – Annahme von Spenden, Schenkungen
und ähnlichen Zuwendungen**

entfällt

TOP 8.**Beratung und Beschluss zum Kauf eines Stromerzeugers für das Feuerwehrgerätehaus Königswartha**

Bürgermeister Nowotny verliest die Begründung zum Beschlussvorschlag.

Die Gemeindeverwaltung Königswartha hat eine Einsatzplanung zur Katastrophenbewältigung in der Gemeinde Königswartha aufgestellt.

Im Falle eines Katastrophenfalles ist das Feuerwehrgerätehaus Königswartha als zentrale Örtlichkeit der Einsatzleitung und Anlaufstelle für die Bürgerschaft vorgesehen. Aus diesem Grund macht sich die Anschaffung eines geeigneten Stromerzeugers (Notstromaggregates) für das Feuerwehrgerätehaus Königswartha erforderlich.

Die nachfolgend aufgeführten Firmen wurden zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Im Ergebnis wurden folgende Kaufpreise geboten:

Firma MIP Tools GmbH aus Haag:	14.869,05 €
Firma SEV GmbH aus Schopfheim:	14.444,54 €
Firma Elektro-GmbH Gerold Zscheschang aus Hoyerswerda	14.399,00 €

Bei allen drei Angeboten handelt es sich um Bruttopreise. Die Anlieferkosten sind im Preis enthalten. Die Verwaltung hat alle Angebote ausgewertet und miteinander verglichen. Sie empfiehlt dem Gemeinderat, der Elektro-GmbH Gerold Zscheschang den Zuschlag zu erteilen.

Die Kosten für die Herstellung der Notstromversorgung im Feuerwehrgerätehaus Königswartha werden finanziert mittels der investiven Schlüsselzuweisung 2024.

Gemeinderat Krahl fragt, hat die vorgeschlagene Firma auch die Elektroinstallation in der Feuerwehr gemacht?

Bürgermeister Nowotny bejaht das. Es wird dann auch wie für die vorhandene Elektrik einen Wartungsvertrag geben.

Gemeinderätin Rentsch meldet sich zu Wort. Gleich im 1. Satz der Begründung für den Beschlussvorschlag steht, dass die Gemeinde einen Einsatzplan zur Katastrophenbewältigung aufgestellt hat. Sie möchte gern wissen, ob das der Gemeinderat schon mal vorgelegt bekommen hat?

Bürgermeister Nowotny beantwortet die Frage mit nein.

Gemeinderätin Rentsch hat nachgeschaut und im Internet eingegeben, was das für ein Gerät ist. Am Ende hat das Gerät einen Tank für 68 Liter Diesel. Dieser ist in 11 Stunden verbraucht. Gibt es ein Tanklager, um das Gerät zu betanken?

Bürgermeister Nowotny bejaht dies. In dieser Notfallplanung wurde festgelegt, dass die Gemeinde gewisse Reserven hat. Hierzu wird das Tanklager der VersorgungsGmbH mit einer Lagerkapazität von maximal 4.500 Litern verwandt. Es wurde festgelegt, dass dieses immer eine Füllmenge von mindestens 2000 Litern hat. In gemeinsamer Beratung wurde die Feuerwehr als günstigster Standort ausgewählt. Bei Stromausfall würde der Funk der Feuerwehr gehen. Auch von den Räumlichkeiten her, sind hier die besseren Voraussetzungen.

Gemeinderätin Rentsch hatte schon mal gefragt, ob es für das Trinkwasser auch Notstromaggregate gibt?

Aktuell ist das nicht der Fall sagt Bürgermeister Nowotny.

Das wäre auch noch mal ein Thema sagt Gemeinderätin Rentsch.

Das würde dann nicht nur für die Wasserversorgung sondern auch für Wasserentsorgung benötigt werden sagt Bürgermeister Nowotny. Dazu erfolgte bereits eine Prüfung. Dabei wurden aber erhebliche Summen aufgerufen. Deshalb ist die Gemeinde eher für die Variante, dass wir uns zwischen Naußlitz und Zerna an das Netz von der EWAG Kamenz anschließen. Die EWAG hat so eine Versorgung für den Ernstfall und wir auch.

Gemeinderat Schiebschick ergänzt, dass eine Notfallversorgung durch die Kreiswerke in Niesendorf gesichert ist.

Gemeinderat Kunaschk sagt, es sollte nicht vergessen werden, dass der Landeskatastrophenschutz auch noch da ist.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Bürgermeister Nowotny verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 9/II/2024:

Der Gemeinderat Königwartha beschließt den Kauf eines Stromerzeugers PRAMAC GSW 22Y 3 Yanmar für die stationäre Anwendung im Feuerwehrgerätehaus Königwartha für einen Bruttopreis in Höhe von 14.399,00 € von der Elektro-GmbH Gerold Zschieschang aus Hoyerswerda.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

TOP 9. **Jahresbericht zum Haushaltsvollzug 2023**

Bürgermeister Nowotny bittet Kämmerin Frau Pfeiffer um die entsprechenden Ausführungen.

Mittels Beamerpräsentation stellt Frau Pfeiffer den Jahresbericht zum Haushaltsvollzug 2023 vor.





I. Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen

Steuern
 + Zuweisungen/Zuwendungen
 + öffentliche-rechtliche Entgelte
 + privatrechtlichen Entgelte
 + Kostenerstattungen
 + sonstige Einzahlungen

= Einzahlungen aus
 laufender Verwaltungstätigkeit

Plan: 5.060.213 €
 IST: 5.251.696 € (104 %)

Auszahlungen

Personalauszahlungen
 + Versorgungsauszahlungen
 + Auszahlungen f. Sach- u. Dienstleistungen
 + Zinsen
 + sonstige Auszahlungen

= Auszahlungen aus
 laufender Verwaltungstätigkeit

Plan: 4.929.040 €
 IST: 4.893.606 € (99 %)

Zahlungsmittelsaldo

Plan: 131.173 €
 IST: 358.090 € (273 %)



II. Planabweichungen

	Plan	IST	
• Grundsteuer B	376.612 €	375.077 €	99 %
• Einkommensteuer	961.547 €	992.621 €	103 %
• Umsatzsteuer	218.344 €	156.178 €	72 %
• Gewerbesteuer	897.230 €	957.458 €	107 %
• Schlüsselzuweisung	1.249.179 €	1.345.305 €	108 %
• Invest. Schlüsselzuweisung	85.483 €	93.524 €	108 %
• Zuschüsse Land	1.043.900 €	1.062.035 €	102 %
• Kreisumlage	1.200.000 €	1.268.522 €	106 %
• Bewirtschaftung	248.403 €	240.776 €	97 %
• Geschäftsaufwendg.	120.900 €	85.216 €	71 %
• Datenverarbeitung	57.000 €	58.064 €	102 %
• Kinderbetreuung	1.400.000 €	1.356.736 €	97 %

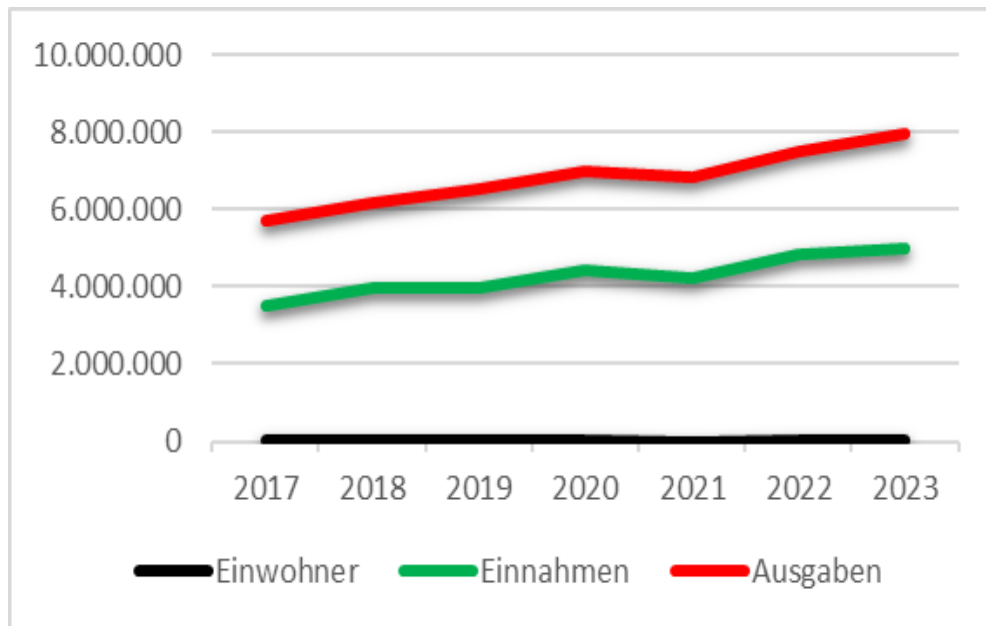


III. Einnahmen-Ausgaben-Vergleich

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Einwohner	3.491	3.488	3.480	3.422	3.399	3.488	3.422
Grundsteuer B	356.345 €	363.069 €	357.677 €	308.593 €	361.403 €	371.842 €	375.077 €
Einkommensteuer	819.986 €	856.166 €	913.221 €	871.319 €	973.121 €	996.299 €	992.621 €
Umsatzsteuer	152.196 €	188.300 €	210.337 €	230.729 €	210.267 €	185.604 €	156.178 €
Gewerbesteuer	717.410 €	838.288 €	728.642 €	1.081.877 €	653.089 €	1.031.813 €	973.184 €
Schlüsselzuweisung	754.680 €	887.512 €	816.198 €	844.280 €	977.229 €	1.180.652 €	1.345.305 €
inv. Schlüsselzuweisung	37.912 €	134.967 €	73.779 €	109.817 €	40.718 €	36.515 €	93.524 €
Zuschüsse Land	678.602 €	719.314 €	875.527 €	966.645 €	1.005.105 €	1.017.231 €	1.062.035 €
Einnahmen	3.517.131 €	3.987.616 €	3.975.381 €	4.413.260 €	4.220.932 €	4.819.956 €	4.997.924 €
Kreisumlage	840.524 €	864.989 €	925.142 €	997.582 €	1.022.223 €	1.099.551 €	1.268.522 €
Bewirtschaftung	224.741 €	183.857 €	176.247 €	198.998 €	197.039 €	150.220 €	242.555 €
Geschäftsaufwendungen	100.479 €	109.046 €	103.816 €	108.019 €	99.760 €	110.680 €	85.216 €
Datenverarbeitung	22.585 €	23.139 €	108.019 €	25.749 €	47.305 €	51.796 €	58.144 €
Kinderbetreuung	978.137 €	1.010.256 €	1.218.921 €	1.225.888 €	1.255.890 €	1.261.738 €	1.326.680 €
Ausgaben	2.166.466 €	2.191.287 €	2.532.145 €	2.556.236 €	2.622.217 €	2.673.985 €	2.981.117 €



III. Einnahmen-Ausgaben-Vergleich





IV. Investitionen

- Energetische Sanierung Grundschule
1.500.000 € Fördermittel für 2023 abgelehnt;
Aufrechterhaltung für 2024
- Energetische Sanierung Rathaus
200.000 € Fördermittelantrag für Photovoltaikanlage
Umsetzung in 2024
- FFW-Ausstattung (Fahrzeug Commerau)
30.000 € Umsetzung in 2024
- Bushaltestellen (Oppitz, Neudorf)
200.000 € Umsetzung in 2024



V. Stand der Liquidität

Konto	Stand 31.12.2022	Stand 31.12.2023
100 004 6350 Verwalterkonto	43.620,28 €	16.661,67 €
100 000 7380 lfd. Konto	2.444.821,40 €	2.556.871,51 €
100 003 2260 Festgeldkonto	112.701,73 €	112.677,73 €
124 292 4 DKB	230.072,73 €	229.890,88 €
Barkasse	243,17 €	316,73 €
<u>Liquide Mittel gesamt</u>	<u>2.831.459,31 €</u>	<u>2.916.418,52 €</u>

Kämmerin Frau Pfeiffer steht für Fragen zur Verfügung.

Gemeinderätin Rentsch meldet sich zu Wort. Es wurde gesagt, dass mit der Digitalisierung alles einfacher wird, schneller geht und man weniger Personal benötigt. Was ist denn jetzt der Grund konkret, wo ist die Mehrarbeit hergekommen? Ist es die Digitalisierung oder sind es Aufgaben die vom Landkreis auf die Gemeinden delegiert wurden?

Kämmerin Pfeiffer sagt, dass die Aufgaben die z. B. vor 20 Jahren erledigt wurden, sind heute nicht mehr so zu erledigen. Ganz viele Dinge müssen heute anders umgesetzt werden und es sind viele neue Aufgaben dazu gekommen. Sie erläutert das an dem Beispiel Ausgaben für die Datenverarbeitung. Hier wurden in 2017 22.585 € benötigt, 2023 waren es schon 58.000 €. Für die notwendige Digitalisierung muss neue Technik angeschafft werden. Dabei spielen der vorgeschriebene Datenschutz und die Informationssicherung eine wichtige Rolle. Hier musste neue Software angeschafft werden.

Gemeinderätin Rentsch fragt, ob dass externe Firmen sind, die benötigt werden und die, die Gemeinde bezahlen muss?

Das wird von Kämmerin Frau Pfeiffer bejaht.

Bürgermeister Nowotny sagt, dass das was bei der Digitalisierung eingespart wird, bei anderen Dingen mehr ausgegeben werden muss. Die Bürokratisierung wird immer intensiver und arbeitsaufwendiger.

Gemeinderat Dr. Weise sagt, dass es Gemeinden gibt, die geklagt haben, dass die Kreisumlage für die Gemeinden verringert wird.

Bürgermeister Nowotny antwortet, das war nicht in Sachsen, sondern in Sachsen-Anhalt. Nach Kenntnis des Bürgermeisters hat der Landkreis Görlitz eine Klage gegenüber dem Freistaat laufen. Wie der Stand da ist, kann er aber nicht sagen. Die Ausfinanzierung der Gemeinden ist vom Grundsatz her ein riesiges Problem, aber aktuell noch stärker der Landkreise. Es handelt sich um ein Grundsatzproblem, dass die Finanzierung der Landkreise und der kommunalen Ebene nicht ausreichend ist. Die Ausfinanzierung ist einfach nicht da, das ganze System funktioniert nicht mehr. Die Hoffnung vielleicht mit der Digitalisierung Arbeitsplätze zu sparen, wird nicht funktionieren, solange die Aufgabenfülle so groß ist. Eine Endbürokratisierung wäre ein Lösungsansatz.

Gemeinderat Schiebschick fragt: Bei den Ausgaben müssten doch eigentlich auch die Personalkosten stehen?

Das bestätigt Kämmerin Frau Pfeiffer. Bei den Ausgaben sind nicht alle vollständig aufgeführt. In der Präsentation stehen die Eckpunkte, die jedes Jahr verglichen werden. Es soll der Trend dargestellt werden.

Weitere Fragen gibt es nicht. Bürgermeister Nowotny bedankt sich bei Frau Pfeiffer für die Präsentation.

Die Zahlen sind aktuell relativ positiv sagt Bürgermeister Nowotny. Allerdings sind die für dieses Jahr im Haushalt geplanten Investitionen groß, so dass die liquiden Mittel relativ schnell verbraucht werden würden.

TOP 10.

Beratung und Feststellungsbeschluss des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der Gemeinde Königswartha

Dieser TOP sollte eigentlich schon in der Januarsitzung behandelt werden. Die Unterlagen konnten aber nicht rechtzeitig zu Verfügung gestellt werden.

Es handelt sich heute um den Jahresabschluss von 2014. Die Verwaltung geht davon aus, dass im Laufe des Jahres noch 1 – 2 Jahresabschlüsse festgestellt werden können.

Bürgermeister Nowotny fragt ob es Wortmeldungen gibt?

2014 war kein gutes Jahr für die Gemeinde Königswartha. In diesem Jahr gab es keinen Haushalt. Die vorliegenden Zahlen sind entsprechend negativ. Es handelt sich hier um eine Feststellung der Tatsache.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass sie schon damals gegen diesen überschuldeten Haushalt gestimmt hat.

Zu diesem Haushalt kann nicht gestimmt worden sein, weil es keinen gab entgegen Bürgermeister Nowotny.

Grundsätzlich sagt Gemeinderätin Rentsch ob das nun 2014 oder 2015 war. Irgendwo wurde damals gehaushaltet mit dem Geld was nicht da war. Auch deshalb kann sie heute nicht zustimmen.

Weitere Fragen gibt es nicht. Bürgermeister Nowotny verliert den Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 10/II/2024:

Der Gemeinderat der Gemeinde Königswartha beschließt den durch die LiSka Treuhand GmbH am 12.01.2024 testierte Jahresabschluss zum 31.12.2014 mit einer Bilanzsumme von 20.520.553,71 € und einem Gesamtergebnis von - 482.563,44 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	2

Damit ist der Jahresabschluss 2014 der Gemeinde Königswartha bestätigt.

Bürgermeister Nowotny beendet die öffentliche Sitzung.

Er bedankt sich für die Teilnahme und wünscht einen guten Nachhauseweg.

.....
Sven Nowotny
Bürgermeister

.....
Gemeinderat Hubertus Schiebschick FWV

.....
Gemeinderat Tobias Schelzig CDU

.....
Geschrieben nach Tonbandaufnahme